



Bereits im zweiten Monat finden in Weinheim keine Ratssitzungen statt. Frühestens Anfang Mai könnte das wieder der Fall sein, bis dahin arbeiten die Gemeinderätinnen und -räte weiter im Online-Modus. Wie es ihnen dabei geht, das zeigt eine kleine Umfrage unter den Fraktionen des Weinheimer Gemeinderates. Dabei eint sie alle der Wunsch nach Rückkehr in einen geregelten Politikbetrieb.

BILD: MARCO SCHILLING

So unterschiedlich in den politischen Betrachtungen, so einig sind sich die Fraktionen im Weinheimer Gemeinderat darin, was sie aus der aktuellen Krise in die Zeit danach mitnehmen möchten: Die Welle der Hilfsbereitschaft muss auch künftig unterstützt werden. Und das möglichst unbürokratisch.

Von Sandro Furlan

Auch für die Kommunalpolitik bedeutet die Coronapandemie ein Umdenken. Viele persönliche Kontakte sind gekappt, die Arbeit läuft meist auf digitalem Weg, E-Mails schreiben und beantworten, telefonieren oder auch Video-Konferenzen gehören mittlerweile zum Alltag.

Von der Stadtverwaltung versorgt durch einen täglichen Newsletter und einem kurzen Draht bei wichtigen Fragen, läuft das kommunalpolitische Tagesgeschäft, bereits Anfang Mai könnte es auch wieder eine erste physische Gemeinderatssitzung geben, dann voraussichtlich in der Stadthalle – nur so kann Abstand gewahrt werden.

Bis dahin, und wohl auch darüber hinaus, läuft der Betrieb so, wie er sich in den vergangenen Wochen etabliert hat. Ob GAL, Freie Wähler, CDU und SPD oder auch FDP und Die Linke: Alle haben den digitalen Weg eingeschlagen und nutzen ihn – die einen mehr, die anderen weniger. Das ergab eine Umfrage der WN-Redaktion bei den im Gemeinderat vertretenen Fraktionen.

Es sind vor allem die sozialen Netzwerke und die jeweiligen Homepages, über die Informationen zur aktuellen Situation bereitgestellt werden, darunter Verhaltensregeln im Sinne der aktuellen Verordnung des Landes, aber auch die zahlreichen Anlaufstellen für Gewerbetreibende oder auch für Familien, denen sprichwörtlich die Decke auf den Kopf fällt.

Zusätzlich gibt es, zum Beispiel bei der GAL, wöchentliche Telefon-

sprechstunden für Bürgerinnen und Bürger, SPD und Freie Wähler möchten dies in Kürze einrichten. Ansonsten gilt auch immer noch das persönliche Gespräch, soweit es im Rahmen der Kontaktsperre möglich ist.

Wunsch nach Normalität

Was allen fehlt, sind die regelmäßig stattfindenden Sitzungen. Wie lange kann Kommunalpolitik ohne solche Treffen auskommen? Dr. Carsten Labudda von der Linken sieht es ganz pragmatisch:

„Wenn die Digitalisierung der Ratsarbeit so weit wäre, wie ich es seit Jahren voranzubringen versuche, dann könnte der Gemeinderat längst online tagen. Aktuell sieht es so aus, dass wir allerspätestens Anfang Mai zusammentreten müssen, wenn wir nicht einen Oberbürgermeister wollen, der per Notverordnung regiert. Letzteres wollen wir nicht, weil uns unsere Demokratie sehr am Herzen liegt.“

Laut Günter Bairo (FW) könnte der aktuelle Zustand im Prinzip so lange andauern, „wie keine kontroversen Themen zur Entscheidung anstehen. Das kommt dann auf die Disziplin der Ausschussmitglieder an. Bei kontroversen Themen kann es so laufen, dass jeder seine Stellungnahme abgibt und dann abgestimmt wird. Das führt uns auch im Normalfall nicht immer zu einer Lösung, die alle akzeptieren. Aber davon lebt die Demokratie“, sagt er.

Die CDU-Fraktion hat derweil die mögliche Wiederaufnahme der Sitzungen Anfang Mai im Blick, was „aus unserer Sicht realistisch ist“, teilt Dr. Thomas Ott im Namen der Fraktion mit. „In künftigen Sitzungen muss die Einhaltung der aktuellen Hygienevorschriften gewährleistet sein, sodass wir von einer Verlegung der Sitzungen in das Rolf-Engelbrecht-Haus oder die Stadthalle ausgehen. Bedeutsam ist für unsere Fraktion die schnellstmögliche Neuwahl der beschließenden und beratenden Ausschüsse sowie Aufsichtsräte und Zweckverbände, um eine vollwertige und rechtssichere Arbeits- und Beschlussfähigkeit nach dem Aus-

scheiden von Holger Haring zu gewährleisten.“

Für Stella Kirgiane-Efremidou als Fraktionssprecherin der SPD geht Sicherheit vor. „Wir hoffen aber darauf, das wir im Mai wieder mit der Arbeit beginnen können. Je später wir mit physischen Sitzungen beginnen, desto schwieriger wird es werden, alle Termine vor der Sommerpause nachholen zu können“, ist sie sich sicher. Ihre Kollegin Elisabeth Kramer von der GAL nimmt dabei Oberbürgermeister Manuel Just in die Pflicht: „Auf diesbezügliche Fragen hat uns der OB beruhigt, es gäbe derzeit nichts Dringliches. Schwer vorstellbar, wir hatten doch immer übervolle Tagesordnungen. Die Corona-Krise ist trauriger Anlass, endlich die Digitalisierung auch in Weinheim voranzutreiben. Natürlich schätzen wir Live-Begegnungen mit Gemeinderat und Verwaltung. Wir müssen aber die digitalen Möglichkeiten der Kommunitäten rasch vorantreiben. Da gibt es erheblichen Nachholbedarf.“

Ob das Digitale eine Lösung ist – Dr. Wolfgang Wetzfel von der FDP ist skeptisch: „Videokonferenzen mit mehr als 45 Teilnehmern (Gemeinderäte plus Verwaltung) dürften sehr schwierig werden“, sagt er. „Daher wird man nicht ohne persönliche Zusammenkünfte auskommen, die, wie angedacht, in der Stadthalle unter Wahrung der physischen Distanzierung auch möglich sind. Die jetzige Sitzungspause von zwei Monaten ist letztlich nur etwas länger als die übliche Sommerpause, allerdings stehen nunmehr angesichts der wirtschaftlichen Folgen der Krise alsbald wichtige Entscheidungen an“, pocht er auf eine schnellstmögliche Wiederaufnahme der Sitzungen.

Unterschiedliche Prioritäten

Unabhängig von physischen oder auch virtuellen Zusammenkünften gibt es auch etliche Themen, die Gefahr laufen, unter dem Eindruck der allgemeinen Krise aus dem allgemeinen Fokus zu geraten. Bei der FDP gehören dazu Themen wie Wohnraum, das Sanierungsgebiet Westlich Hauptbahnhof das Neubaugebiet Allmendacker müssten demnach weiter auf der Tagesordnung stehen. Und: „Beim West-

stadt-Schulzentrum stellt sich jetzt angesichts eines prognostizierten Rückgangs der städtischen Erträge um bis zu 30 Prozent die Frage der Finanzierbarkeit. Die neue finanzielle Lage dürfte auch zum Querschnittsthema der geplanten Zukunftswerkstatt werden. Daneben gibt es weitere Bereiche, bei denen es um die Gesundheit Weinheimer Bürger geht, wie etwa den Hochwasserschutz, die nicht vernachlässigt werden dürfen“, sagt Dr. Wolfgang Wetzfel.

Die CDU sieht die „Zukunftswerkstatt“ als ein Fixpunkt der politischen Arbeit vor der Krise. „Ob und wie dieser finanzielle Kraftakt wie geplant umgesetzt werden kann, muss geprüft werden. Möglicherweise muss hier noch stärker auf digitale Teilnehmungsformen gesetzt werden“, stellt Dr. Thomas Ott fest.

Elisabeth Kramer von der GAL sieht derzeit die Gesundheit aller als vorrangig. „Dennoch dürfen wir das Klima und seinen Schutz nicht aus den Augen lassen, das macht uns tatsächlich Sorge. Zumal auch der Erhalt unserer Landschaft dazugehört. All dies sind auch Gesundheitsthemen. Das Thema Digitalisierung hat sich nun von ganz allein nach vorne geschoben, wir hätten dieser Entwicklung natürlich andere Umstände gewünscht.“ Für Stella Kirgiane-Efremidou (SPD) verschieben sich die Prioritäten: „Wir haben zwar den Haushalt verabschiedet, allerdings wird uns die aktuelle Situation viele Probleme bereiten. Wir haben die Zukunftswerkstatt, in deren Rahmen viele wichtige Themen, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden sollen. Ob sie tatsächlich so umgesetzt werden kann, ist jetzt fraglich. Das Paket Klimaschutz ist wichtig und darf eigentlich auch nicht aufgeschoben werden.“

Die Freien Wähler dagegen sind völlig entspannt, was die Besetzung der Themen betrifft, „da die Verwaltung aus unserer Sicht die richtigen Prioritäten setzt“, betont Günter Bairo. Die Linke sieht dies komplett anders, Dr. Carsten Labudda sagt: „Es sind in der Debatte durch die aktuelle Krise im Grunde alle Themen nach hinten gerutscht. Für uns blei-

ben dabei Themen wie die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, das Baulückenschluss-Programm, die Umsetzung von Umweltschutzmaßnahmen, der Ausbau und die soziale Ausgestaltung der Kinderbetreuung und die Sicherung von Arbeitsplätzen besonders wichtig. Die terminliche Festsetzung unseres Antrages zur Abschaffung der unechten Teilerwahl für Juli wurde bislang nicht geändert. Ob der Zeitplan zum Schlosspark-Restaurant zu halten sein wird, da sind wir aktuell skeptisch.“

Blick in die Zeit nach der Krise

Für die Fraktionen ist die aktuelle Krise auch eine Chance, und so gibt es einiges, das sie gerne für ihre Arbeit mitnehmen würden. „So schlimm die Zeit ist, die wir gerade durchleben, so viele positive Signale nehme ich mit“, sagt SPD-Fraktionssprecherin Stella Kirgiane-Efremidou. Weinheim habe ganz viele Menschen, die sich, gerade in schwierigen Zeiten, um ihre Mitbürger und Nachbarn kümmern. „Das zeigt mir: Eine Krise kann zwar auch die schlechten Charakterzüge zum Vorschein bringen, aber ich nehme diese vielen hilfsbereiten Gesten für mich mit. Ich bin unendlich dankbar für diese Erfahrung, die mir zeigt, dass wir das Miteinander und vor allem das Füreinander hier in Weinheim leben. Ich werde die Zeit, die wir, wenn alles wieder normal sein wird, in Sitzungen, Vereinsfesten und anderen Zusammenkünften gemeinsam verbringen werden, mit anderen Augen sehen. Etwas, das selbstverständlich war, ist jetzt etwas Besonderes, etwas, das wir tatsächlich vermissen.“

Günter Bairo, Fraktionschef der Freien Wähler, sieht es ähnlich: „Hilfsbereitschaft wie organisierte Nachbarschaftshilfe, Aushänge in Apotheken oder auch Foodsharing sollten zukünftig auch ohne Krisenmodus unbürokratisch unterstützt werden. Das Verständnis für die Notwendigkeit einer guten Zusammenarbeit und die Bereitschaft, miteinander Lösungen für anstehende Aufgaben zu suchen, sollte immer Priorität ha-

ben. Sachliche Lösungen erfordern eine Konzentration aufs Wesentliche.“ In den Reihen der CDU lautet das Stichwort „Wertschätzung“. „Die Krise hat die Wertschätzung der systemrelevanten Arbeit etlicher Berufsgruppen erhöht. Diese Wertschätzung möchten wir beibehalten und im Rahmen unserer Möglichkeiten dauerhaft unterstützen. Die Versäumnisse mit Blick auf die Digitalisierung wie Homeoffice, Schulen, Verwaltung und bei der Bürgerbeteiligung treten in der Krise deutlich hervor. Hieran werden wir noch stärker arbeiten und auf Umsetzung drängen“, teilt dazu Dr. Thomas Ott mit.

Elisabeth Kramer (GAL) steuert als Antwort gleich eine ganze Liste voller Themen bei: Solidarität und stärkerer Zusammenhalt in der Gesellschaft, mehr Gehör für die Wissenschaft – gerade auch beim Thema Klimawandel, bessere Krisenvorsorge, Digitalisierung in den Kommunen besser verankern, bessere Wertschätzung von Geschäften, Restaurants und der Kulturszene vor Ort, lokale Kundenbindung durch Digitalisierung und Bringdienste, die Wertschätzung von Natur und hiesiger Landwirtschaft sowie das Hinterfragen unserer Konsumgewohnheiten im Sinne von „Was ist wirklich wichtig?“, all das haben die Aktiven aus der GAL-Fraktion und aus dem Vorstand benannt.

Dr. Wolfgang Wetzfel (FDP) setzt auf den Gemeinsinn: „Für die Zukunft mitnehmen möchten wir gern den Zusammenhalt, den unsere Gesellschaft in der gemeinsamen Bedrohung durch das Coronavirus gefunden und bewiesen hat, sowie die Bereitschaft vieler, aktiv Verantwortung für ihre schwächeren Mitbürger zu übernehmen. Es wird eine wichtige Aufgabe der Kommunalpolitik sein, dies zu unterstützen.“

Dr. Carsten Labudda (Die Linke) sagt dazu: „Was wir auf jeden Fall in die Zukunft mitnehmen wollen, ist die große Welle der Solidarität, die im Moment in unserer Gesellschaft sichtbar wird. Wo so viele anderen helfen, die sie bislang gar nicht kannten, getreu dem Motto von Bernie Sanders: 'Not me. Us'. Das ist großartig.“ Und er fügt hinzu: „Was im Übrigen auch gerne so bleiben kann, ist der Umstand, dass in dieser Krise die Rechtsextremen bei uns in Deutschland in der Bedeutungslosigkeit verschwunden sind.“

Die Krise als Chance

